Echt

DIE LINKE.

Auf Augenhöhe

Kennen Sie auch das Gefühl, wenn man nach einer Reise nach Berlin zurückkehrt? Man sieht das quirlige und dennoch entspannte Leben hier und ahnt plötzlich, warum Berlin die beste Stadt der Welt ist. Aber wer hier lebt, kennt bald auch all die Macken der Stadt. Und die haben leider zugenommen.
Während die einen mit Champagner die wachsende Attraktivität Berlins feiern, fluchen andere über verspätete Busse und Bahnen, kaputte Schulen und lange Wartezeiten auf den Ämtern. Viele denken mit Sorge an die nächste Mieterhöhung und lieber nicht daran, was sie mal an Rente bekommen.

Immer öfter nehmen die Berlinerinnen und Berliner – also Sie – die Dinge selbst in die Hand. Mit Volksbegehren erzwangen Sie Zugeständnisse in der Mietenpolitik, brachten die Wasserbetriebe wieder in städtischen Besitz und holen sich hoffentlich auch noch die Energienetze zurück. Sie sorgten dafür, dass das Tempelhofer Feld nicht an Immobilienhaie verhökert, sondern als einzigartige Freifläche geschützt wurde. Bei der Integration der geflüchteten Menschen, beim Renovieren von Schulen und Kitas, in Sportvereinen, der Nachbarschaftshilfe und vielem anderen mehr, das sonst nicht laufen würde, packen Sie an.

Im Gegenzug erwarten Sie von der Politik, dass die ihren Job macht. So, wie Sie den Ihren machen, auf der Arbeit, in der Familie, im sogenannten Ehrenamt. Zu Recht. Das nenne ich die Augenhöhe. Ich will das gern tun, mit allen, die dazu bereit sind.
Drei Dinge wären zu erledigen: **1.** Die Schere zwischen Arm und Reich darf nicht weiter aufgehen. Zwangsräumungen, Arbeitslosigkeit, Verdrängung armer und älterer Menschen aus ihren Kiezen, Kinderarmut: Das geht so nicht weiter. Ein Armutsbekämpfungsprogramm muss her, das jetzt Not lindert. **2.** Investitionen in die maroden Schulen, in Straßen und Schwimmbäder, Nahverkehr und Radwege dulden keinen Aufschub. DIE LINKE will ein großes Investitionsprogramm in Berlins Infrastruktur, so schnell wie möglich. **3.** Wo Lehrerinnen und Lehrer fehlen, Polizei, Bürgerämter und Gerichte überlastet sind, muss eingestellt werden. Nicht kleckerweise, sondern massiv.

Wir können das. Wir, die Politikerinnen und Politiker, gemeinsam mit Ihnen, den Berlinerinnen und Berlinern. Wir können Berlin sozialer und menschlicher machen. Mit Jobs, von denen man leben, mit Mieten, die man bezahlen und mit Zeit, die man genießen kann. Und ohne Nazis. Wählen Sie am 18. September und wählen Sie links! Und die Stadt gehört Ihnen. *Klaus Lederer*

Spandau: sozial, gerecht und ökologisch

DIE LINKE. Spandau steht für soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit. Politisch darf nicht auf die Interessen des Kapitals ausgerichtet werden. Unser Ziel ist es, bei der Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung am 18. September 2016 als Fraktion in das Spandauer Rathaus einzuziehen.

Seit Jahren wird in den Berliner Bezirken gekürzt. Marode Schulen und kaputte Straßen sind die sichtbare Folge, lange Wartezeiten auf Termine in den Ämtern und noch längere Bearbeitungszeiten von Anträgen die spürbare. Überall fehlt es an ausreichend Personal. Dabei nimmt Berlin längst wieder mehr Geld ein als es ausgibt. Dennoch verweigern SPD und CDU den Bezirken eine ausreichende Finanzierung. Und würde man in Deutschland endlich Reichtum gerecht besteuern, müsste hier niemand mehr in Armut leben.

Doch auch in Spandau gibt es Handlungsspielräume, um Verbesserungen zu bewirken. Gerade hier, wo viele Menschen arm sind, muss die Bezirkspolitik sozialen Aufgaben den Vorrang geben. Wir wollen das nachbarschaftliche Miteinander in den Wohngebieten nachhaltig verbessern.

Dafür brauchen wir mehr gut ausgestattete Stadtteil- und Jugendzentren, Seniorentreffs und Beratungs- und Hilfsangebote. Wir fordern, dass die Ausbildungssituation und der personelle und bauliche Zustand der Schulen und Kitas im Bezirk verbessert werden. Wir wollen eine stärkere Bürgerbeteiligung im öffentlichen Leben und ein solidarisches Zusammenleben erreichen.

Bitte unterstützen Sie uns, damit es in Spandau zu einem Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit kommt. Wählen Sie am 18. September DIE LINKE.

Unduldsam, beherzt, gerecht: Unser Spitzenkandidat für die Wahl am 18. September in Berlin, Klaus Lederer

Bürgerämter statt Warteämter

Sind Sie gerade umgezogen? Wollen Sie Ihren Ausweis, Ihren Reisepass verlängern? Oder ist es eine von über 100 anderen Dienstleistungen, für die Sie dringend ins Bürgeramt müssen? Dann wissen Sie längst: In Berlin ist das kein Vergnügen. Termine sind acht Wochen im Voraus vergriffen, aus der Not machte sogar ein privater Online-Händler ein Geschäft, der diese gegen Cash verkaufte.

Die Beschäftigten selbst können nichts für diese Misere. Viele Menschen leisten in der Berliner Verwaltung gute Arbeit. Doch es gibt immer mehr Aufgaben zu erledigen und unterm Strich zu wenig Personal. SPD und CDU haben sich darum lange nicht gekümmert. Im Gegenteil. Sie haben weiter vor allem dort Personal abgebaut, wo die Berlinerinnen und Berliner es richtig spüren. Schulen sind ohne Hausmeister: keine Fachkräfte. Jugendämter schreiben an Gerichte, dass sie in Sorgerechtsfällen nicht mehr erscheinen können: keine Leute. Sogar um die Wahlen im September musste man sich sorgen, weil Zugezogene sich nicht mehr problemlos anmelden konnten und die Wahlsoftware versagte.

DIE LINKE will das ändern. Es reicht nicht, je nach Kassenlage mal hier und mal da kurzfristig Löcher zu stopfen. Will man Personal für die Zukunft, muss man langfristig und über die Bereiche hinweg denken. Dass das Chefsache des Regierenden Bürgermeisters werden muss, ist für uns selbstverständlich. Personalpolitik darf nicht länger im Schatten der Finanzpolitik verkümmern. Wir wollen dafür einen eigenen Staatssekretär.

Gerade weil die Stadt wächst, Menschen aus aller Welt nach Berlin kommen, Bedürfnisse sich verändern, benötigen die Bezirke und Ämter eine Personalausstattung, die davon abhängt, was die Stadt wirklich braucht. Die Stellen müssen den Aufgaben folgen, nicht umgekehrt. Darauf haben die Berlinerinnen und Berliner ein Recht.

Inzwischen ist die Zeit knapp. Bis 2025 wird die Hälfte der Beschäftigten der Berliner Verwaltung allein aus Altersgründen ausscheiden. Schon jetzt fehlen Fachkräfte vor allem in Sozial-, Verwaltungs- und Ingenieurberufen, können offene Stellen bei der Polizei nicht besetzt werden. Auch hier haben SPD und CDU versagt. Wir wollen einen Pakt mit den Hoch- und Fachschulen schließen für mehr und moderne Aus- und Weiterbildung. Quereinsteiger sollen ihre berufliche Erfahrung einbringen können, Menschen mit Migrationshintergrund die Verwaltung vielsprachig machen.

Wenn ein Unternehmen jährlich bis zu 5 000 neue Leute finden will, muss es anderes zu bieten haben als Stress, rettungslos veraltete Technik und Streitereien zwischen den verschiedenen Ebenen. Denn gut ausgebildete, kluge Köpfe suchen alle. Wir wollen die Verwaltung zu einem vorbildlichen Arbeitgeber machen. Leiharbeit und prekäre Beschäftigung darf es hier nicht geben. Gute Arbeitsbedingungen und Bezahlung, sichere Arbeitsplätze mit Perspektive und moderne Technologien – damit kann man in der Stadt für sich werben!

Wir wollen starke Bezirke, kurze Wege und Möglichkeiten für alle Berlinerinnen und Berliner, sich an Entscheidungen zu beteiligen. Transparent und offen für Veränderungen, qualifiziert und modern, flexibel und schnell – so ist Verwaltung bürgernah. So kann die Stadt wieder funktionieren. Das will DIE LINKE. Berlin.

Arbeit muss sich lohnen

Die Arbeitslosigkeit ist in Berlin deutlich zurückgegangen, aber es gibt noch immer zu viel schlecht bezahlte Arbeit. Das ist ein Problem. Denn wer heute schlecht bezahlt wird, der muss nicht nur auf vieles verzichten, der kann sich auch nicht privat fürs Alter absichern. DIE LINKE. im Bundestag hat das nachgerechnet: Wer heute weniger als 11,68 Euro je Stunde verdient, bekommt selbst nach 45 Jahren Vollzeitarbeit eine Rente, die so niedrig ist, dass sie mit staatlichen Mitteln aufgestockt werden muss.
Bundesweit sind schon mehr als eine halbe Million Rentnerinnen und Rentner auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Ihre Zahl hat sich zwischen 2003 und 2014 verdoppelt, und wenn nicht endlich umgesteuert wird, ist die Hälfte all derer, die 2030 in Rente gehen, dem Einkommen nach arm.
An dieser Tendenz ändern auch Rentenerhöhungen wie jetzt zum 1. Juli, mit 4,25 Prozent mehr in den alten und 5,95 Prozent in den neuen Bundesländern, nur wenig.
Für eine gute Rente muss die gesetzliche Rente wieder zum Zentrum der Alterssicherungspolitik werden. DIE LINKE will eine solidarische Rentenversicherung, in die alle einzahlen und bei der alle Einkommen für die Beiträge herangezogen werden.
Und weil eine Umkehr in der Rentenpolitik eine Umkehr in der Lohnpolitik braucht, muss alles dafür getan werden, dass die Arbeitslosigkeit weiter abnimmt und Reallöhne steigen. Mit höheren Löhnen steigen die Beitragseinnahmen und damit auch die Renten. Der Ausbau von unfreiwilligen Teilzeitbeschäftigungen, Minijobs oder Leiharbeit bewirkt eher das Gegenteil.
In der Landespolitik setzt sich DIE LINKE deshalb dafür ein, dass dort, wo Berlin selbst Auftraggeber ist, keine Niedriglöhne bezahlt werden. In ihrer ersten Regierungszeit hat DIE LINKE schon einmal durchgesetzt, dass solche Auftragsvergaben nur stattfinden dürfen, wenn mindestens Mindestlohn gezahlt wird. Daran werden wir anknüpfen, auch wenn inzwischen 8,50 Euro längst zu wenig sind, um im Alter abgesichert zu sein. Unser Ziel, und da sind wir uns bundesweit einig, ist die schnellstmögliche Erhöhung des Mindestlohns auf 12,50 Euro die Stunde.
Was wir außerdem ändern können, ist der Umgang mit Langzeitarbeitslosen in unserer Stadt. Denn, so erfreulich der Rückgang der Arbeitslosenzahlen insgesamt ist, für die entstandenen Arbeitsplätze bringen Unternehmen, die sich in Berlin niederlassen, ihre Arbeitskräfte oft gleich mit. Wer in unserer Stadt schon länger ohne Arbeit ist, hat davon nur selten etwas. Für Langzeitarbeitslose, aber auch, um Geflüchteten in der Stadt den Zugang zu Arbeit zu ermöglichen, braucht es gezielte Programme. In unserer ersten Regierungszeit haben wir damit begonnen und einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aufgebaut. Vielleicht findet jemand ja noch einen besseren Namen für den ÖBS, aber Ziel war und ist, Langzeitarbeitlosen eine Perspektive zu geben, sie existenzsichernd zu bezahlen und gleichzeitig wichtige Arbeit für das Gemeinwesen zu erledigen. Die Stadtteilmütter sind heute noch ein gutes Beispiel dafür.

Oma Anni lebt seit Jahrzehnten in der Reinickendorfer Steinbergsiedlung. Sie darf nicht durch Luxussanierung vertrieben werden.

Wohnen darf kein Glücksspiel sein

Auf die Idee muss man auch erst mal kommen: dass eine städtische Wohnungsbaugesellschaft auf einer Veranstaltung ausgerechnet Werbung mit einem Hütchenspieler macht. Da kann man nur rätseln, warum. Sollte das ein Hinweis darauf sein, dass in Berlin die Anmietung einer passablen und zugleich preisgünstigen Wohnung einem Lotteriegewinn gleichkommt? Oder dass man tricksen muss, um eine Chance auf angemessenen Wohnraum zu haben? Vielleicht war es aber auch nur eine subtile Warnung, dass die Bau- und Wohnungspolitik in Berlin derzeit von Glücksrittern geprägt wird.

Denn Tatsache ist, dass sich die Wohnungssituation in unserer Stadt insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen seit 2008 dramatisch verschlechtert hat. Halbherzige Versuche des SPD-CDU-Senats, mittels einer »Mietpreisbremse« das Wohnen bezahlbar zu halten, sind gescheitert. Um mehr als 31 Prozent stiegen die Mieten in Berlin allein im vergangenen Jahr. Das lag auch daran, dass diese »Mietpreisbremse« weder für neugebaute noch für umfassend sanierte Wohnungen Gültigkeit hat. Und Vermieter, die sich gleich gar nicht an die Regeln halten wollen, können dies ungestraft tun. Sanktionen sind in dem Gesetz nämlich nicht vorgesehen.

Mittlerweile fehlen laut einer aktuellen Studie des Sozialwissenschaftlers Andrej Holm von der Berliner Humboldt-Universität in der Hauptstadt mehr als 130 000 preisgünstige Wohnungen, die maximal 5 bis 6 Euro pro Quadratmeter monatlich kosten.

Nach dem Willen des Senats soll vor allem mit einer ungezügelten Neubautätigkeit gegengesteuert werden. Auf landwirtschaftlichen und anderen Kulturflächen in Pankow, Neukölln und weiteren Standorten an der Peripherie Berlins sind große Satellitenstädte mit bis zu 20 000 Einwohnern geplant. Doch ein solcher Aktionismus lässt Schlimmes befürchten, ist doch erkennbar, dass vor allem hochpreisiger, rein privatfinanzierter Wohnraum entsteht. Derzeit ist jeder dritte geplante Neubau eine Eigentumswohnung. So etwas geht an den realen Bedürfnissen der meisten Menschen in dieser Stadt vorbei.

DIE LINKE setzt deshalb auf eine Strategie für soziales Wohnen, denn Wohnungssuchende mit geringem Einkommen sollen davon nicht noch die Hälfte für Miete ausgeben müssen. Und auch Menschen, die in unsere Stadt geflüchtet sind, sollen in Wohnungen und nicht in Massenunterkünften leben können.

Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften stehen da in besonderer Verantwortung. Statt sich an der für die Berlinerinnen und Berliner ruinösen Jagd nach der höchsten Rendite zu beteiligen, sollten sie darauf verzichten, ihre preiswerten Wohnungsbestände den Marktgesetzen auszuliefern. Übersteigt die Miete bereits den Mittelwert des Mietspiegels, müssen Mieterhöhungen tabu sein. Auch sollen sie die Kosten für Modernisierungen nur zu einem geringen Teil und nur für eine bestimmte Zeit, anstatt dauerhaft, auf die Mieten umlegen dürfen und bei Neuvermietung ohne Wohnwertverbesserung auf höhere Mieten verzichten.

Wir wollen, dass die sechs kommunalen Wohnungsbaugesellschaften in den kommenden fünf Jahren ihren Bestand um 100 000 Wohnungen erhöhen. Das kann nur eingeschränkt durch Neubau geschehen, es müssen verstärkt Wohnungsbestände hinzugekauft werden. Wir wollen die Wohnungsbaugesellschaften dafür finanziell besser ausstatten, ihr Eigenkapital erhöhen. Dann können sie auch ihren Beitrag zur dringend notwendigen Durchsetzung des kommunalen Vorkaufsrechts leisten.

Eine große Diskrepanz gibt es in Berlin zwischen Angebot und Nachfrage auch in Bezug auf die Wohnungsgröße. So existiert über die Stadt verteilt zum Beispiel ein Überangebot an Drei-Raum-Wohnungen. Kleine und preisgünstige Ein- bis Zwei-Raum-Wohnungen sind hingegen Mangelware. Nun lebt in vielen größeren Wohnungen oft nur eine Person, die auch in eine kleinere Wohnung umziehen würde, aber das darf dann natürlich nicht teurer werden. Wir LINKEN finden, eine kommunale Wohnungsbörse kann hier Abhilfe schaffen. Interessenten können dort Wohnungen anbieten oder finden, kommunale Anbieter oder Genossenschaften ermöglichen bei einem geplanten Wohnungswechsel den Erhalt von Mietkonditionen oder die Gewährung von Umzugshilfen.

Nachdem der Senat beim Thema Wohnen so lange geschlafen hat, muss jetzt wohnungspolitisch umgesteuert werden. Nur dann lassen sich die Probleme in den nächsten Jahren in den Griff bekommen. Für uns LINKE heißt das Ziel ganz klar: Bezahlbares Wohnen darf in Berlin nicht Glückssache sein.

Kinder, Kinder, Kinder

Bunte Zuckertüten, Lachen, Staunen und jede Menge erwartungsfroher Gesichter. Am Einschulungstag ist für die meisten Kinder und Eltern in unserer Stadt die Welt noch in Ordnung. Beim ersten Gang zur Schultoilette beginnen allerdings die Probleme.

Der bauliche Zustand etlicher Schulen ist ein Jammer. Bei immer mehr Gebäuden hat sich ein Sanierungsbedarf angestaut, weil in den vergangenen Jahren zu wenig investiert wurde. Aber auch der Tatsache, dass immer mehr Menschen in die Stadt kommen, dass es deshalb mehr Kinder und Jugendliche gibt und darum in fast allen Bezirken mehr Schulen gebraucht werden, hat der Senat nicht Rechnung getragen. Allein in Pankow fehlen mehr als 20. Doch ehe eine neue Schule fertig ist, dauert es in Berlin in der Regel acht bis neun Jahre. München oder Hamburg brauchen maximal halb so lange.
Die Schulen endlich umfassend zu sanieren, sie behindertengerecht umzubauen und vor allem schnell auch neue Schulen zu bauen, kostet Geld, sehr viel Geld. Allein für die Sanierung werden laut den Bezirken 4,9 Milliarden Euro benötigt.

Viele fragen sich, woher die Mittel dafür kommen sollen, ohne den Berliner Landeshaushalt mit noch mehr Schulden zu belasten. DIE LINKE hat sich dafür ein Modell überlegt. Wir wollen, dass die nötigen Darlehen von Landesunternehmen aufgenommen werden. Die Zinsen sind niedrig, es besteht auch kein Risiko, dass sich daran etwas ändert, denn bei öffentlichen Förderbanken kann gegenwärtig langfristig bis zu 20 Jahre zu fixen Konditionen getilgt werden. Mit diesem Modell ließen sich nicht nur Schulen, sondern ließe sich auch die gesamte öffentliche Infrastruktur über Brücken bis hin zu Krankenhäusern schneller in Ordnung bringen. Außerdem hätte ein solches Investitionsprogramm noch weitere Effekte. Es könnte mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen verbunden werden und einen Beitrag zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sowie zur Integration von Geflüchteten leisten.
Doch an Berlins Schulen muss noch mehr passieren. Zum Schuljahresbeginn fehlen in Berlin etwa 1350 Lehrer. Und wenn sich nichts ändert, werden in acht Jahren 16 000 Pädagoginnen und Pädagogen fehlen. Das ist für DIE LINKE nicht hinnehmbar.

Ein Aspekt ist uns besonders wichtig: Wir wollen, dass gute Bildung, mit der Kita beginnend, für alle zugänglich und kostenfrei ist. Bildungserfolg darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb setzen wir uns in Berlin für mehr und zugleich starke Gemeinschaftsschulen ein – als Schulen für alle von der Einschulung bis zum Abitur. Dass sie der Schlüssel für soziale Gerechtigkeit und bessere Lernerfolge sind, haben wissenschaftliche Studien in den vergangenen Jahren nachgewiesen. Als wir 2004 in Berlin die Idee dafür hatten, wurden wir noch von vielen belächelt oder gar beschimpft, wir wollten die Einheitsschule wieder einführen. Heute gibt es viele Fans der Gemeinschaftsschule.
Sie gilt als bestes Mittel gegen Ausgrenzung und für Integration, weil sie Kinder und Jugendliche akzeptiert, annimmt und fördert, so wie sie sind. Die Potenziale aller Kinder zu entfalten, ist unser Ziel. Auch an Gemeinschaftsschulen gelingt das nur, wenn es funktionierende und barrierefreie Schulgebäude gibt, deutlich mehr Personal und für alles die materielle Absicherung. Es wird Zeit, dass in Berlin nicht nur kaputte Schultoiletten der Vergangenheit angehören.

www.iStockphoto.com/imgorthand

Grenzenlos Mobil

Das kennen wohl alle, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln in der Stadt unterwegs sind: Man quetscht sich in überfüllte U-Bahnen, die Tram braucht mal wieder länger als geplant, oder man muss 20 Minuten auf den Anschluss warten, weil einem die S-Bahn vor der Nase weggefahren ist. Und das alles trotz happiger 80 Euro für das Monatsticket.

Wir wollen das ändern. Denn nur mit dem öffentlichen Nahverkehr können alle Menschen mobil sein. Ein eigenes Auto können sich viele nicht leisten, das Fahrrad ist für Ältere oder Menschen mit Behinderungen auch keine Option. Und auch beim Umweltschutz liegen die Öffis – natürlich hinter Fahrrad und Füßen – vorne.

Für einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr muss viel getan werden. Das heißt: Strecken ausbauen, Taktung erhöhen und Preise senken. Vor allem in den äußeren Bezirken der Stadt sind die Verbindungen schlecht und die Wartezeiten lang. Hier wollen wir die Infrastruktur gezielt erweitern. In aller Munde ist momentan die Elektromobilität. Die von der Bundesregierung beschlossene Kaufprämie für E-Autos hilft aber letzten Endes nur den Autokonzernen. Wieso wird nicht Elektromobilität gefördert, die allen zugutekommt? Das heißt in Berlin vor allem: die Straßenbahn. Die fährt nicht nur elektrisch, sondern ist auch noch leise und spart Platz. Wir setzen uns dafür ein, das Straßenbahnnetz um 200 Kilometer zu erweitern. Mit einer Ampelschaltung, bei der Straßenbahnen und Busse konsequent Vorrang haben, kann auch vermieden werden, dass sie ständig im Stau stehen.

Der Nahverkehr muss für alle zugänglich sein. An vielen U-Bahnhöfen gibt es keine Aufzüge, so dass Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer die Haltestellen gar nicht nutzen können. Zu vollständiger Barrierefreiheit gehören zum Beispiel auch »sprechende Haltestellen« und ein Leitsystem für Blinde. Der Nahverkehr muss aber auch für alle erschwinglich sein. Deshalb dürfen die Fahrpreise nicht weiter steigen. Als erstes wollen wir, dass das Berlin-Ticket S für Menschen mit berlinpass nur noch 25 Euro kostet. Außerdem wollen wir einen ermäßigten Einzelfahrschein einführen. Wir haben auch eine Idee, wie alle für wenig Geld ohne Ticket fahren können. Das klappt, wenn jede Berlinerin und jeder Berliner einen Beitrag zahlt. Für Menschen mit wenig Geld, Seniorinnen und Senioren, Kinder und Jugendliche sowie Studierende muss der Beitrag natürlich geringer ausfallen. So eine Öffi-Flatrate ist zwar noch Zukunftsmusik, aber eine gute Grundlage zur Diskussion.

Am umweltfreundlichsten geht es mit dem Fahrrad durch die Stadt. Immer mehr Berlinerinnen und Berliner steigen darauf um. Doch wegen fehlender oder schlecht ausgebauter Fahrradwege geraten Fahrräder oft mit Autos oder LKWs in Konflikt. Das ist nicht nur für beide Seiten nervig, sondern kann für die Radfahrerinnen und Radfahrer auch richtig gefährlich werden. Deshalb wollen wir mindestens zwei Meter breite Radstreifen entlang aller Hauptstraßen, mehr Fahrradstraßen und, wenn möglich, Radschnellwege. Dafür braucht es neben mehr Geld auch mehr qualifiziertes Personal in den Verwaltungen. Mit der Initiative »Volksentscheid Fahrrad« haben die Berlinerinnen und Berliner das Thema selbst auf den Tisch gebracht. Wir unterstützen sie dabei.

Für einen sozialen Aufbruch in Spandau

Wer Armut beenden will, muss Reichtum umverteilen.

In Deutschland und der Welt werden die Reichen immer reicher, die Zahl der Armen nimmt immer mehr zu. Weltweit besitzen die reichsten 62 Menschen genauso viel Vermögen wie die ärmere Hälfte des Planeten. Auch in Deutschland ist die Verteilung des Reichtums extrem ungerecht: Die reichsten zehn Prozent besitzen die Hälfte aller Vermögen, die ärmere Hälfte der Bevölkerung hat so gut wie gar nichts.

Spandau ist einer der Berliner Bezirke, die zunehmend von Armut betroffen sind. Laut aktuellem Sozialbericht lebt fast die Hälfte der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren in Haushalten, die Sozialleistungen beziehen müssen. 20 Prozent aller Alleinerziehenden müssen von Arbeitslosengeld II leben. Viele Frauen und Männer im Rentenalter sind auf Hilfe vom Sozialamt angewiesen.

Die Reichen residieren in Stadtvillen, schicken ihre Kinder auf Privatschulen und lassen sich im Krankheitsfall in Spezialkliniken behandeln. Alle anderen brauchen gute Kitas und Schulen, funktionierende Krankenhäuser, bezahlbare Wohnungen und pünktliche Busse und Bahnen. Doch in Berlin sieht es anders aus: Personalmangel in Krankenhäusern und Bürgerämtern, fehlende Kita-Plätze, verfallende Schulgebäude. Immobilienhaie treiben die Mieten in die Höhe.

Doch bisher haben CDU und SPD nur gekürzt und gestrichen. Großzügige Zuwendungen gab es nur bei Großprojekten wie BER und Staatsoper, wo Millionen und Milliarden an Steuergeldern versenkt werden.

Es ist Zeit für eine andere Politik: Berlin und Spandau brauchen einen sozialen Aufbruch. In den nächsten Jahren werden in der Stadt weit mehr als 100 000 neue kommunale Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen gebraucht. In Kitas und Schulen, in Ämtern und Verwaltungen, bei der Feuerwehr und in den Krankenhäusern müssen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch bei S- und U-Bahn sowie bei der Energie- und Wasserversorgung muss massiv investiert werden.

Das kostet viel Geld. Dieses Geld ist aber vorhanden, denn Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Doch dieser Reichtum ist deshalb so extrem ungerecht verteilt, weil CDU und SPD zu feige sind, sich mit Banken, Konzernen und deren Aktionären anzulegen. Von ihren Steuergesetzen profitieren fast ausschließlich Millionäre und Milliardäre.

DIE LINKE setzt sich konsequent dafür ein, dass Milliardenvermögen, Konzerngewinne und große Erbschaften höher besteuert werden – und Menschen mit geringem Einkommen weniger Steuern zahlen müssen. Denn wer Armut bekämpfen will, muss den vorhandenen Reichtum umverteilen – zum Nutzen der Menschen in Berlin und in Spandau.

Jörg Kuhle, Wahlkreis 1 (Hakenfelde)
Mir geht es darum, die Interessen der lohnabhängig Beschäftigten und der sozial ausgegrenzten Menschen zu vertreten. Ich engagiere mich gegen rechtsextremistische und neo-faschistische Organisationen und Bewegungen, die im geistigen Bunde mit Rechtskonservativen eine Wende in der Gesellschaft herbeiführen wollen und dabei die Würde des Menschen in Frage stellen.

Franziska Leschewitz, Wahlkreis 3 (Siemensstadt, Haselhorst)
Ich bin 1989 im sächsischen Vogtland geboren und ausgebildete pharmazeutisch-technische Assistentin. Zurzeit studiere ich Biologie. DIE LINKE fordert bessere öffentliche Dienstleistungen und lehnt Privatisierungen bei Wasser, Strom und Wohnraum ab. Ich möchte, dass in Spandau mehr Kitaplätze und Jugendfreizeitangebote geschaffen werden.

Karlheinz Zesch, Wahlkreis 5 (Wilhelmstadt, Gatow, Kladow)
Ich arbeite in der Verwaltung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit. Von 1999 bis 2011 war ich Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Spandau. Der soziale Wohnungsbau, der faktisch zum Erliegen gekommen ist, muss wieder angekurbelt werden. Eine weitere Kernaufgabe bleiben die Investitionen in den ÖPNV, zum Beispiel die Straßenbahn.

Cotyar Haji, Wahlkreis 2 (Neustadt)
Ich arbeite zurzeit als Sozialbetreuer für Flüchtlinge. Armut betrifft jene, die nichts als ihre Arbeitskraft haben: Flüchtlinge und uns alle. Leistungskürzungen für Geflüchtete sollen austesten, inwieweit eine Absenkung des Lebensstandards für Arbeitende und Arme Akzeptanz findet. Wir lassen uns nicht spalten, denn es gilt: »Verbunden sind die Schwachen mächtig!«

Lars Leschewitz, Wahlkreis 4 (Staaken) und BVV, Platz 1
Nach dem Diplom-Politikstudium arbeitete ich in Warschau und Berlin. Ich möchte, dass der Wohnungsbau sowie die Strom- und Wasserversorgung wieder komplett in öffentliche Hand kommen. Außerdem muss in die Schulen, Krankenhäuser und Kitas investiert werden. Der öffentliche Dienst und die Bürgerämter in Berlin gehören wieder angemessen mit Personal ausgestattet.

Die Zeitung der Spandauer Linken finden Sie unter: *www.die-linke-spandau.de/politik/umschau*

Linke Jugendpolitik braucht Mittel und Räume

Die Lage für Kinder und Jugendliche in Spandau ist dramatisch: Viele wachsen schon jetzt in Armut auf. 20 Prozent der Familien im Bezirk beziehen Sozialleistungen nach dem SGB II, sogenanntes Hartz IV. Damit liegt Spandau auf Platz elf aller zwölf Bezirke. Fast ein Viertel der Bevölkerung unseres Bezirks hat weniger als 700 Euro im Monat zum Leben. In Spandau verlassen zehn Prozent der Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss. Ihre Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt sind schlecht. Viele Jugendliche sind arbeitslos oder finden keinen Ausbildungsplatz. Das Fazit im Sozialbericht Berlin ist deutlich: »Es geht in Spandau ganz klar in Richtung rote Laterne.« Das alles muss sich ändern.

DIE LINKE. Spandau setzt sich daher für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen in den hier ansässigen Betrieben und im öffentlichen Dienst ein. Dabei dürfen Leiharbeit, Werkverträge und Befristungen reguläre Beschäftigungsverhältnisse nicht ersetzen. Sie betreffen junge Menschen, die sich ein Leben aufbauen wollen, in besonderem Maße. Außerdem muss die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen, sowohl im öffentlichen Dienst wie in der Privatwirtschaft, im Vordergrund stehen. Wichtig ist dabei eine verbindliche spätere Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis.

Wer keine Arbeit hat, soll nicht leiden: Die erniedrigende Sanktionspraxis im Jobcenter muss ein Ende haben. Sanktionen sind grundgesetzwidrig, weil sie das absolute Existenzminimum noch zusätzlich kürzen. Besonders bei Jugendlichen führt eine Streichung von Grundleistungen wie Hartz IV zu Härtefällen.

Mehr Geld für soziale Einrichtungen

Doch auch an anderer Stelle muss angesetzt werden: In Spandau sind weitere Gemeinschaftsschulen nötig, in denen Kinder und Jugendliche zusammen und in Anerkennung unterschiedlicher Fähigkeiten zur Förderung eines solidarischen Miteinanders lernen können. Im Bezirk sollte zudem verstärkt die Ansiedlung einer höheren Bildungseinrichtung ins Auge gefasst werden, um den Bildungsstandort zu verbessern. Hier böte sich beispielsweise eine Fachhochschule zur Pflegeausbildung an.

Um diesen bezirklichen Aufgaben im sozialen Bereich gerecht zu werden, ist ein auskömmlicher Bezirkshaushalt die Voraussetzung. Spandau braucht deutlich mehr finanzielle Zuwendung durch Land und Bund. Nur so können alle bestehenden Kinder- und Jugendeinrichtungen finanziert und ausgebaut werden. Nur so lassen sich marode Kindertagesstätten und Schulen renovieren und zusätzliches pädagogisches Personal einstellen. Nur so werden Kinderspielplätze sowie Kultur- und Sportangebote erhalten und erweitert. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE. Spandau für die Einrichtung eines unabhängigen Jugend- und Kulturzentrums im Bezirk ein.

Für eine linke Jugendkultur in Spandau

Wenn wir über Jugendkultur in Spandau sprechen, ist damit meistens das herkömmliche Angebot der verschiedenen Institutionen in Spandau gemeint: Jugendtreffpunkte, Angebote der kirchlichen und freien Träger sowie unterschiedliche Anbieter von Aktivitäten in den Bereichen Kunst, Theater und Musik. Das ist alles gut und sinnvoll, viele der Akteure leisten wertvolle Jugendarbeit.

DIE LINKE. Spandau unterstützt auch die Einrichtung und Förderung eines AJZ, eines alternativen, unabhängigen Jugend- und Kulturzentrums. Initiativen versuchen seit über einem Jahr, mit den entsprechenden Stellen im Bezirksamt Termine zur Erörterung dieser Thematik zu bekommen, jedoch bis dato ohne Resonanz. »Gibt es denn überhaupt alternativ denkende Jugendliche in Spandau?« Diese Frage musste sich die Initiative vor geraumer Zeit von Vertretern der SPD gefallen lassen, als sie dieses Thema ansprach. Natürlich gibt es die, lautet die Antwort. Aber aufgrund der Umwandlung des Jugendkulturbereiches der letzten Jahrzehnte gibt es inzwischen kein einziges Angebot in Spandau für solche Jugendliche. Dadurch sind die, die mehr wollen, als sich nur der alltäglichen Konsumwelt hinzugeben, gezwungen, in andere Bezirke auszuweichen. Wir dagegen wollen Orte für alternative Denkformen, an denen über eine soziale Zukunft und eine andere, bessere Welt ohne Waffen und autoritären Kapitalismus diskutiert werden kann.

Wir wollen eine Alternative zum Mainstream-Denken und die Grundlage für eine positive geistige Entwicklung der Jugendlichen legen. Vielfalt und Individualität entwickeln sich nicht ganz von alleine. Dazu sind Freiräume nötig, in denen die Jugendlichen auch mal »anders sein« dürfen. Das wirkt auch als Schutz gegen rechte Parolen, denen die Jugendlichen sonst verfallen könnten.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Wohnen ist Menschenrecht

Die Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt ist mehr als angespannt. Auch in Spandau wird es immer schwieriger, bezahlbare Wohnungen zu bekommen. Aus der Innenstadt ziehen Menschen zu, die sich ihre Wohnung dort nicht mehr leisten können. Aber was passiert mit den Spandauerinnen und Spandauern?

In Spandau ist inzwischen ein Großteil des kommunalen Wohnungsbestandes wie der der GSW in der Hand privater Eigentümer – etwa im Falkenhagener Feld, in Staaken und Siemensstadt. Die Strategie der neuen Eigentümer lautet, die Wohnungen durch Verkauf schnell hohe Profite abwerfen zu lassen: Mieten werden erhöht, Instandhaltung und Wartung werden heruntergefahren. Durch wechselnde Dienstleister ist oft kein Ansprechpartner für die Mieterinnen und Mieter gegeben. Alteingesessene Mieterinnen und Mieter werden rausgeworfen, damit Neumieter mit höheren Mieten einziehen können.

Über viele Jahre stieg die Zahl der Räumungsklagen und Zwangsräumungen. 2015 gab es im Bezirk 585 Räumungsklagen und 408 Zwangsräumungen. Diese Zahlen sind ein Skandal. Menschen, die ihr Zuhause verlieren, büßen fast alles ein. Auf dem Wohnungsmarkt haben sie keine Chance mehr, einige verlieren ihren Lebensmut. Zuversichtlich macht, dass auch in Spandau die Verdrängung nicht mehr lautlos hingenommen wird. 2014 wurde die unverschuldete Zwangsräumung eines bei Nachbarn beliebten Mieters im Pillnitzer Weg mit viel Protest und Lärm begleitet – auch wenn sie leider nicht verhindert werden konnte.
Besonders skandalös ist es, dass Zwangsräumungen auch bei den städtischen Wohnungsgesellschaften vorkommen, die eigentlich am Gemeinwohl orientiert sein sollten. DIE LINKE. Spandau wendet sich gegen Zwangsräumungen, die lediglich dazu dienen, die Profite der Wohnungseigentümer zu steigern. Niemand darf in Folge eines Eigentümerwechsels oder aufgrund von Umbaumaßnahmen aus seiner Wohnumwelt vertrieben werden. Wohnen ist und bleibt ein Menschenrecht.

DIE LINKE. Spandau setzt sich für eine Rückführung der privatisierten Wohnungen in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle ein. Zunächst sollten Milieuschutzgebiete im Bezirk ausgewiesen werden, damit Mietwohnungen nicht wahllos in Eigentumswohnungen umgewandelt werden können. Zwar sprechen hiesige Bezirksstadträte davon, dass es in Spandau keine Verdrängung gäbe. Doch die Realität sieht anders aus. In Teilen von Staaken wechseln die Besitzer der Wohnhäuser fast im Monatstakt und quetschen noch das letzte bisschen Profit heraus. Amerikanische, niederländische oder deutsche Hedgefonds geben sich die Klinke in die Hand.

Das Wahlprogramm der Spandauer LINKEN fordert daher ganz klar: keine weitere Privatisierung von Wohnraum. Bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen ist durch städtische Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften zu schaffen. Mieterhöhungen sind bei bestehenden Mietverhältnissen und Neuvermietungen stärker zu begrenzen. Kostenfreie Mieterberatung ist auf alle Ortsteile Spandaus auszuweiten. Im Bezirk gilt es, Bündnisse für soziales Wohnen und Mieterinitiativen zu stärken. Für ein solidarisches Miteinander aller!

Pflegenotstand ist tödlich

Gegen die Ökonomisierung an Krankenhäusern, die Pflegende und Patienten gefährdet

In deutschen Krankenhäusern herrscht ein massiver Pflegenotstand. Eine Krankenpflegerin muss hier im Durchschnitt zehn Patienten versorgen. Das sind doppelt so viele wie in den Niederlanden, wo eine Pflegekraft durchschnittlich fünf Kranke versorgt. Nach Angaben der Gewerkschaft ver.di fehlen allein beim Berliner Krankenhauskonzern Vivantes bis zu 1600 Stellen. Von dem Personalmangel betroffen ist auch der Standort in Spandau.

Die massive Arbeitsüberlastung in den Krankenhäusern gefährdet die Gesundheit von Pflegenden und Patienten gleichermaßen. Die Risiken für Komplikationen bei Unterbesetzung des Pflegepersonals steigen: Geschwüre, Keiminfektionen, Lungenentzündungen und damit auch viele Todesfälle wären vermeidbar. Die Lösung für die katastrophalen Zustände in den Krankenhäusern wäre eine gesetzliche Personalbemessung, die vorschreibt, wie viele Pflegende auf einen Patienten kommen. DIE LINKE kämpft mit den Gewerkschaften und Pflegeverbänden seit Jahren dafür. Bundesregierung und Berliner Senat sind hier aber erschreckend untätig. Statt gesetzlicher Personalbemessungen gibt es lediglich Lippenbekenntnisse und mickrige Förderprogramme. Vor allem der SPD-CDU-Senat in Berlin muss sich die Konsequenzen seiner Sparpolitik vorhalten lassen.

Der massive Personalmangel hat politische Ursachen: Heute werden Krankenhäuser als gewinnorientierte Unternehmen geführt, die am Markt konkurrieren müssen. Sie müssen Gewinne erwirtschaften, um nicht geschlossen oder privatisiert zu werden. Dies zwingt die Krankenhäuser in einen ruinösen Wettbewerb mit anderen Krankenhäusern um die niedrigsten Kosten. Denn nur wer die meisten Patienten in der kürzesten Zeit mit dem wenigsten Personal behandelt, arbeitet wirtschaftlich – so wirkt die Ökonomisierung der Medizin.

Die Sparpolitik betrifft auch die Berliner Vivantes-Krankenhäuser wie das in Spandau. Der Konzern hat mittlerweile 14 Tochterfirmen ausgegliedert, um die Löhne zu drücken. Doch es regt sich Widerstand: Die Beschäftigten der therapeutischen Dienste kämpfen schon länger für eine Wiedereingliederung in den Konzern, weil Neueingestellte hier deutlich weniger verdienen. Es folgte ein Streik der Beschäftigten der Service GmbH

im April 2016. Hier beteiligten sich bei Vivantes in Berlin mehrere hundert Beschäftigte an Warnstreiks. Auch am Standort Spandau ist eine Tarifkommission entstanden. Für die Beschäftigten ist klar: »Nicht der Streik gefährdet die Patienten, sondern der Normalzustand.«

Das Motto der Streiks lautet: »Mehr von uns ist besser für alle!« DIE LINKE. Spandau unterstützt die Kämpfe der Beschäftigten für mehr Personal in den Krankenhäusern. Das Vorbild der Charité hat gezeigt, dass machtvolle Streiks etwas bewegen können. Erstmals in der deutschen Geschichte gibt es einen Tarifvertrag für mehr Personal. Ein riesiger Erfolg. Es ist möglich, sich aktiv gegen den Pflegenotstand zu wehren – gemeinsam!

Impressum: Wahlzeitung zur Wahl am 18. September 2016
Auflage: 1 631 000, Redaktionsschluss: 5. August 2016
Herausgeberin: DIE LINKE. Berlin, www.die-linke-berlin.de
V.i.S.d.P.: Katina Schubert. Die Nutzungsrechte nicht gekennzeichneter Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.
Layout und Satz: DiG/TRIALON, Druck: Berliner Zeitungsdruck

Demos in 7 Städten Deutschlands!
Natürlich auch in Berlin:
17. September 2016, 12 Uhr
Alexanderplatz
www.ttip-demo.de

Berlin sagt »Nein« zu CETA und TTIP

Im April 2016 konnte man im Berliner Abgeordnetenhaus wieder eine dieser traurigen »Sternstunden« des Parlaments erleben. Die Fraktion DIE LINKE hatte beantragt, dass sich der Senat gegenüber der Bundesregierung, im Bundesrat und auf europäischer Ebene dafür einsetzt, das Freihandelsabkommen CETA zwischen der Europäischen Union und Kanada abzulehnen und den sofortigen Abbruch der Verhandlungen zu TTIP und TiSA zu verlangen. Doch obwohl der Antrag wortgenau dem Beschluss eines SPD-Landesparteitags entsprach, beugte sich die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ihrem Koalitionspartner und stimmte gemeinsam mit der CDU dagegen.

Dabei handelte es sich keineswegs um einen symbolischen Antrag. Das CETA-Vertragswerk liegt mittlerweile vor und soll im Oktober unterschrieben werden. Aber: Auch wenn sich die EU-Kommission anfangs noch dagegen sträubte, musste sie den Mitgliedsstaaten inzwischen zugestehen, dass deren nationale Parlamente über CETA mitentscheiden. Es spricht vieles dafür, dass in Deutschland damit neben dem Bundestag auch der Bundesrat grünes Licht für das Abkommen geben muss, damit es in Kraft treten kann. Berlin würde also mitentscheiden.

Und das mit Fug und Recht. Denn ähnlich wie bei dem Freihandelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU greift auch dessen kleine Schwester CETA tief in die Handlungskompetenzen der Bundesländer ein. Das betrifft insbesondere die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen. Egal ob bei Wasser, Energie, öffentlichem Nahverkehr – nordamerikanische Konzerne bekämen mit dem Abkommen Mitspracherechte darüber, wie wir diese Güter in Berlin bereitstellen. Umgekehrt würde es für Berlin bei der Vergabe eigener Aufträge erheblich schwieriger, auf die Einhaltung sozialer Mindeststandards zu pochen. Auch die bisherige Praxis der Förderung von Kunst und Kultur könnte so kaum aufrechterhalten werden. Täte die Politik in Berlin es dennoch, drohten erhebliche Schadensersatzansprüche für möglicherweise entgangene Gewinne. Über diese würde dann aber nicht vor ordentlichen Gerichten verhandelt, sondern vor einem extra neu geschaffenen Handelsgerichtshof. Diesen mag man für weniger schlimm halten als die zuvor noch in Rede stehenden, geheim tagenden Sondergerichte für Investoren. Eine Gerichtsbarkeit für große Unternehmen jenseits des bestehenden Rechtssystems würde damit dennoch geschaffen. Und ebenso wie TTIP enthält auch CETA viele Regelungen, die zu einem Unterlaufen bestehender Standards bei Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitnehmerschutz führen können.

Aus diesem Grunde machen europaweit zahlreiche Verbände, Gewerkschaften und linke Parteien nicht nur gegen TTIP, sondern auch gegen CETA mobil. Nicht zuletzt, weil zu befürchten ist, dass damit für viele US-Unternehmen eine Hintertür aufgemacht würde, selbst wenn TTIP scheitert. Sie könnten einfach im benachbarten Kanada Tochterfirmen gründen und kämen auch so in den Genuss der Vorteile für Unternehmen aus diesem Abkommen.

Die europaweite Bewegung gegen diese Freihandelspläne hat schon viel erreicht. Auf beiden Seiten des Atlantiks wächst der Widerstand. Statt eines Freifahrtscheins für Konzerne fordern immer mehr Menschen Regelungen für einen fairen Welthandel. Doch noch haben die Lobbyisten der Freihandelsabkommen ihr Vorhaben nicht aufgegeben und versuchen, diese auch mit zweifelhaften Tricks durchzusetzen. Dagegen wird DIE LINKE weiterhin mit vielen anderen auf die Straße gehen. Aber ebenso wichtig ist, dass der Widerstand in den Parlamenten wächst. Dazu können Sie **am 18. September** mit Ihrer Stimme beitragen. Eine starke LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus kann dafür sorgen, dass Berlin weder CETA, noch TTIP oder TiSA zustimmt.

Besser DIE LINKE.